

Einwohnerrat

Sitzungsprotokoll vom 23. Mai 2019

Vorsitz:	Brigitte Vogel, Einwohnerratspräsidentin
Anwesend:	37 Mitglieder des Einwohnerrats 5 Mitglieder des Stadtrats
Auskunftsperson:	Christoph Hofstetter, Stadtschreiber
Protokollführung:	Stefan Wiedemeier, Vizestadtschreiber
Entschuldigt:	Tobias Ammann Martin Killias Daniel Frey
Zeit:	19.30 Uhr bis 21:30 Uhr
Ort:	Aula des Schulhauses Lenzhard

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Inpflichnahme von Hans Holliger (SVP) anstelle des zurückgetretenen Murat Balci
3. Regionalpolizei; Malagahaus; Niederlenzerstrasse 27; Kostenbeteiligung am Umbau von Räumlichkeiten für gemeinsame Nutzung mit Kantonspolizei; Umbau und Sanierung der bestehenden Räumlichkeiten; Verpflichtungskredite
4. Brunnmattstrasse Mitte, Sanierung; Verpflichtungskredit
5. Bösenrain, Sanierung; Verpflichtungskredit
6. Postulat für mehr Sicherheit auf den Kantonsstrassen zwischen Aabachbrücke und Kindergarten Widmi; Bericht des Stadtrats
7. "Motion" der Einwohnerfraktionen der SP, BDP, Grünliberalen, CVP, EVP und Grünen "Für mehr Wohnqualität – Stopp Lärm und Raserei"; Beschlussfassung und Überweisung als Postulat
8. Postulat SP "Standortförderung einer Mittelschule in Lenzburg"; Bericht des Stadtrats
9. Sanierung Kanalisation im Teilgebiet C (Aabach), Kontrollschacht KS 50007 bis Kontrollschacht KS 60116; Kreditabrechnung (zu Lasten Abwasserrechnung)
10. Ersatzbeschaffung Kommunikationsanlage (Ersatz Telefonanlage): Kreditabrechnung
11. Schützenmattstrasse, Sanierung; Kreditabrechnung
12. Anfrage der Einwohnerratsfraktion der SP "Querungsmöglichkeit(en) für Fussgänger auf der Ammerswilerstrasse"; Beantwortung des Stadtrats
13. Anfrage der Einwohnerratsfraktion SP Lenzburg-Ammerswil, "Frühförderung Deutsch"; Beantwortung des Stadtrats
14. Anfrage von Martin Geissmann, GLP, "Lichtverschmutzung - Bodenstrahler beim Denner an der Bahnhofstrasse beseitigen, Anwendung SIA Norm 491/EG UWR"
15. Umfrage

Verhandlungen:

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Sehr geehrte Damen und Herren des Einwohnerrats und des Stadtrats, ich begrüsse Sie herzlich zur 7. Sitzung des Einwohnerrats der laufenden Legislatur.

Kaum tagt der Einwohnerrat, zeigt sich auch schon wieder die Sonne. Schön, dass Sie trotzdem heute Abend den Weg in diesen Saal gefunden und auf die Arbeit im Garten verzichtet haben. Dort ist nämlich im Moment auch viel los. Der Gartenzaun ist aber nur eine löchrige Abwehr in Bezug auf die Gesetze. Wie wir alle wissen, wird in Bern viel angekündigt und entschieden, auch wenn wir dies ein paar hundert Kilometer entfernt nicht sofort zu spüren bekommen. Dies könnte sich aber bald ändern. Es wird beabsichtigt, dass alle Liegenschaftsbesitzer und -besitzerinnen verpflichtet werden, invasive Neophyten zu bekämpfen. Leider kennen viele diese Pflanzen nicht und so ist ihnen auch die Tragweite eines solchen Entscheids nicht bewusst. Anders ist dies bei den Mitarbeitenden des Werkhofs, die den Ernst der Lage erkannt haben und mit enorm viel Aufwand den Eindringlingen "an den Kragen" gehen. Dies nach dem Prinzip: "Wehret den Anfängen". Wenn sich diese Pflanzen weiterhin unbremst und unbemerkt vermehren, wartet in Zukunft eine Herkulesaufgabe auf uns und die Mitarbeiter des Werkhofs. Im teilweise sehr steilen Gelände am Goffersberg leisten die Mitarbeiter beim Ausstechen der Neophyten viel Handarbeit. Chapeau und vielen herzlichen Dank für diesen grossen Einsatz. Vielleicht denken nun einige, dass man sich bedankte, bevor das Geld erfunden wurde. Am nächsten Mittwoch wird jedoch ein Lenzburger Bäcker den Mitarbeitenden des Werkhofs einen Nussgipfel vorbeibringen. Dies als kleine Anerkennung für den Einsatz und die Ausdauer.

Seit Daniel Fischer nicht mehr im Einwohnerrat ist und uns regelmässig über Aktuelles aus der Natur informiert, wissen von uns wahrscheinlich auch nicht mehr alle, was invasive Neophyten sind. Dem können wir natürlich Abhilfe verschaffen. Der Ratsweibel wird Ihnen auf dem Tablett zwei Exemplare zeigen. Bitte schauen Sie in Ihrem Garten nach. Sollten Sie diese Pflanzen finden, sind wir Lenzburger Bauern Ihnen dankbar, wenn Sie diese subito entfernen, bevor sie sich ausbreiten. Denken Sie daran: Jedes Pflänzchen hat etwa 500 bis 800 Samen.

Nachdem sich meine Fraktionskollegen beschwert haben, dass vermutlich wieder eine sehr lange Einwohnerratssitzung ansteht, halte ich mich kurz und bitte auch alle Rednerinnen und Redner sich kurz zu fassen, damit wir nach Sitzungsende in Lenzburg noch eine Wirtschaft finden, die geöffnet ist. So gehen wir zügig zu unseren Geschäften weiter. Es wartet eine gefüllte Traktandenliste auf uns.

Ich begrüsse Sie nochmals herzlich. Ein herzliches Willkommen unserem neuen Kollegen, Hans Holliger, der das erste Mal im Rat Einsitz nimmt.

Ebenfalls mit dabei ist unser Ratsweibel, Marcel Wattinger, sowie sein neuer Stellvertreter, Sascha Amweg, der ebenfalls das erste Mal dabei ist. Herzlichen Dank für das Einrichten des Ratssaals und für die Betreuung während der Sitzung. Als Auskunftsperson begrüsse ich Christoph Hofstetter, Stadtschreiber, sowie zu meiner linken Seite, Stefan Wiedemeier. Grüezi auch unseren Medienvertretern, Ruth Steiner, Aargauer Zeitung, und Fritz Thut, Lenzburger Bezirks-Anzeiger. Herzlichen Dank für die Berichterstattung. Nicht vergessen dürfen wir natürlich die interessierten Gäste auf der Tribüne. Wir schätzen ihre Anwesenheit und das damit gezeigten Interesse an unserer Arbeit sehr.

Die Traktandenliste und die weiteren Unterlagen sind Ihnen rechtzeitig zugestellt worden. Ich stelle fest, dass der Rat beschlussfähig ist. Die Sitzung ist somit eröffnet.

1 Mitteilungen

1. Protokolle

Das Protokoll der Sitzung vom 6. Dezember 2018 ist Ihnen mit den Unterlagen bzw. per E-Mail zugestellt worden. Das Protokoll vom 14. März 2019 ist noch in Bearbeitung.

2. Rechtskraft von Beschlüssen

Die Einwohnerratsbeschlüsse vom 14. März 2019 sind, soweit sie dem fakultativen Referendum unterlagen, am 23. April 2019 in Rechtskraft erwachsen.

3. Neueingänge

Eingereicht wurden uns von der GLP-Fraktion die Anfragen betreffend Schulraumplanung und Unternehmensstrategie SWL.



Einwohnerratssitzung 23. Mai 2019 – "Umfrage"

Schriftliche Anfrage: Schulraumplanung Lenzburg

Schulraumplanung Lenzburg

Antragsteller	Martin Geissmann, mgeissmann@yahoo.de
Partei	GLP Lenzburg
Datum	23.05.2019

In den letzten Jahren wurde in Lenzburg in grossem Stil in Schulanlagen investiert. Rund 27 Millionen wurden für die Sanierung und Erweiterung Lenzhard und Bleicherain ausgegeben. Diese beiden Projekte sind abgeschlossen, die neuen Schulräume sind in Betrieb, Investitionen in Schulanlagen sind Investitionen in die Zukunft, für die Bildung unserer Kinder, was sehr zu begrüßen ist.

Aber was sich bereits bei der Auslegung abzeichnete, wird bereits jetzt zur Realität. Wie wir hören und auch in Elterninfo-Briefen lesen, wird der Schulraum bereits wieder knapp - an beiden Lenzburger Schul-Standorten. Neue Abteilungen müssen geführt werden, die Platzverhältnisse werden enger und erste Sitzungszimmer werden in Schulzimmer umgewandelt. Die massive Bautätigkeit in Lenzburg führt zwangsläufig zu einem erhöhten Druck auf die Infrastruktur und damit auch zu Bedarf an zusätzlichem Raum für Kindergärten und Schulen.

Wie reagiert der Stadtrat auf diese Entwicklung? Im Finanzplan 2019-2023 ist nur die Umnutzung der Bleiche 4 aufgeführt, was zu einer gewissen Entlastung der Schulanlage Angelrain führen würde.

Unsere Fragen in diesem Zusammenhang:

1. Wird es - aufgrund der bekannten Bevölkerungsstatistik - in absehbarer Zeit zusätzliche Schulbauten (fix oder Provisorien) brauchen?
2. Wie sieht generell die Schulraumplanung des Stadtrates kurz-, mittel- und langfristig aus?
3. Bezieht der Stadtrat das freiwerdende KV-Schulhaus oder einen eventuellen Kanti-Neubau in diese Planung mit ein?

Für die glp-Fraktion: Martin Geissmann

Anfrage: Unternehmensstrategie SWL

Unternehmensstrategie der Stadt Lenzburg als Eigentümerin der SWL

Antragsteller	Adrian Höhn, adrian.hoehn@gmail.com
Partei	GLP Lenzburg
Datum	23.05.2019

Heute ist die SWL zu 100% im Besitz der Stadt Lenzburg. Wie dem Geschäftsbericht 2018 zu entnehmen ist, nimmt in verschiedenen Tätigkeitsbereichen der SWL die Rentabilität ab.

Vor allem der Bereich der Elektroinstallationen scheint, gemäss den Aussagen von Markus Blättler in der AZ, je länger je mehr zum Sorgenkind zu werden. Das Gasgeschäft profitiert momentan noch stark von der Monopolstellung der SWL bei der Energieversorgung, ist aber bei einer Marktöffnung ebenfalls anfällig auf Gewinnverluste.

Im Bereich der Energieberatung, wo die Stadt Lenzburg, gestützt auf Massnahmen aus dem Energiestadtlabel, aktiv Subventionen vergibt, ist die SWL hingegen nur zaghafte tätig. Dies obschon sie als Energielieferant auch aktive Massnahmen zur Energie- und CO2-Einsparung bietet. Sei dies durch einfache Massnahmen, wie die Erhöhung des Biogasanteils, oder weiterreichende, wie die Anbindung von Solaranlagen mit lokalen Batteriespeichern.

Die sich abzeichnende Verschlechterung der finanziellen Lage der SWL hält bisher die Stadt als Eigentümerin nicht davon ab, mit einer unveränderten Unternehmensstrategie weiter zu fahren. Von Seiten der Stadt Lenzburg wird sogar, gemäss dem aktuellen Finanzplan, in den kommenden 5 Jahren weiterhin mit einer Dividendenausschüttung im Bereich von 2 Millionen pro Jahr gerechnet.

Anfrage an den Stadtrat:

- Wie sieht die langfristige Unternehmensstrategie bezüglich der SWL aus?
- Sieht die Eigentümerin vor, in nächster Zeit eine Anpassung in den Tätigkeitsbereichen der SWL vorzunehmen?
- Wie schätzt die Eigentümerin die Zukunft des Bereichs Elektroinstallationen ein?
- Wird zurzeit über einen langfristigen Verkauf der SWL nachgedacht?
Die eingeplante Dividendenausschüttung lässt die Vermutung zu, dass das Finanzvermögen der SWL noch vor dem Verkauf abgeschöpft werden soll.

Weiter haben wir eine Anfrage der SVP betreffend Sammelstelle Werkhof, welche Martin Stücheli heute Abend auch noch beantworten wird.



SVP Einwohnerratsfraktion Lenzburg

Anfrage Weiterführung Sammelplatz Werkhof

Sehr geehrter Herr Stadtammann
Sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrates

Seit dem 1. April betreibt die Firma Bausort AG an der Industriestrasse in Niederlenz, unmittelbar an die Gemeindegrenze von Lenzburg angrenzend, eine Sammelstelle für Recycling-Stoffe, die Recycling Oase. Die Einwohner/innen von Lenzburg und den umliegenden Gemeinden haben mit der Recycling Oase die Möglichkeit, eine Gratis-Sammelstelle, praktisch vor der Haustüre, zu nutzen.

Trotz diesem neuen Angebot betreibt die Stadt Lenzburg weiterhin eine Sammelstelle für Recyclingstoffe im Werkhof des Bauamts Lenzburg, welche sich nur wenige hundert Meter von der Recycling Oase entfernt befindet. Momentan haben wir somit die Situation, dass gleichzeitig, mit Ausnahme der Kadaversammelstelle, Abfallstoffe an zwei nahe an einander gelegenen Orten gesammelt werden.

Ausgehend von dieser Situation gelangen wir mit folgenden Fragen an Sie:

- Warum wird weiterhin die Sammelstelle im Werkhof betrieben, obwohl es eine privat geführte Gratis-Sammelstelle nur wenige hundert Meter davon entfernt, gibt?
- Ist der Stadtrat bereit, mit Ausnahme der Kadaversammelstelle, das Sammeln von Recyclingstoffen im Werkhof einzustellen?
- Wäre, gerade auch aus Kostengründen, eine Schliessung der Sammelstelle Werkhof per Ende Juni 19 denkbar? Wenn nein, warum nicht und wann dann?
- Wie schaut die Zukunft der Kadaversammelstelle aus? Wird diese weiterhin im Werkhof von der Stadt betrieben oder gibt es Bestrebungen für ein Angebot an einem anderen Ort?

Lenzburg, 23. Mai 2019

Michael Häusermann und 8 Mitunterzeichnende

4. Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung haben sich Tobias Ammann, Martin Killias sowie Daniel Frey, entschuldigt. Heiner Cueni wird die Sitzung etwas früher verlassen, dass er den langen Arbeitsweg ins Val Müstair noch unter die Räder nehmen kann, damit auch dort die BewohnerInnen eine gute zahnmedizinische Versorgung erhalten.

5. Postulat "Tempo 30 Generell" auf Gemeindestrassen

Der Stadtrat hat das von der GLP/SP/CVP/EVP und den Grünen am 14. März 2019 eingereichte Postulat entgegengenommen. Er wird uns innert zwei Jahren Bericht erstatten und einen allfälligen Antrag unterbreiten.

6. Stimmzähler

Nachdem sich Tobias Ammann für die heutige Sitzung entschuldigt hat, fehlt uns ein Stimmzähler. Ich schlage Ihnen vor, Adriano Beti, Fraktionskollege von Tobias Ammann, mit dieser wichtigen Aufgabe zu betrauen. Wenn aus dem Rat keine Einwände erhoben werden, erkläre ich Adriano Beti in stiller Wahl gewählt. Er hat ja bereits hier vorne Platz genommen.

7. Rücktritte

Leider haben wir aus dem Rat Rücktritte zu melden. Ich habe bereits angekündigt, dass Hans Holliger heute neu bei uns ist. Er hat die Nachfolge von **Murat Balci** angetreten, welcher nach der letzten Sitzung seinen Rücktritt eingereicht hat. Murat Balci war zwei Jahre im Ratskollegium. Aus beruflichen Gründen ist ihm leider eine weitere Mitarbeit im Einwohnerrat nicht mehr möglich.

Mit E-Mail vom 16. Mai 2019 hat uns der Ratskollege **Marcel Spörri** mitgeteilt, dass er per 30. Juni 2019 aus dem Einwohnerrat und somit auch aus der GPFK zurücktreten möchte. Wir werden Marcel Spörri an unserer Rechnungssitzung vom 27. Juni 2019 verabschieden.

8. Stellvertreter des Ratsweibels

Ich darf Ihnen Sascha Amweg vorstellen. Er arbeitet seit dem 1. April 2019 als Fachmann Betriebsunterhalt Hausdienst in der Abteilung Immobilien. Er ist der Nachfolger von Raphael Studer als Stellvertreter unseres Ratsweibels Marcel Wattinger. Herzlich willkommen! So sieht man sich wieder. Sascha Amweg war einer meiner Berufsschüler.

2 Inpflichtnahme von Hans Holliger (SVP) anstelle des zurückgetretenen Murat Balci

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Für die Inpflichtnahme bitte ich das neue Mitglied, Hans Holliger, vor den Rat zu treten. Vizestadtschreiber Stefan Wiedemeier wird die Eidesformel vorlesen. Den Rat bitte ich, sich für den Akt zu erheben.

Vizestadtschreiber Stefan Wiedemeier verliest hierauf die in § 3 des Geschäftsreglements festgehaltene Gelöbnisformel: "Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrats das Wohl der Gemeinde Lenzburg zu fördern und gemäss Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln." Mit den Worten "Ich gelobe es" leistet hierauf Hans Holliger sein Gelübde.
[Applaus]

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Ich gratuliere Hans Holliger herzlich zum weisen Entscheid, sich für unsere Stadt einzubringen. Herzlich willkommen im Einwohnerrat. Ich wünsche dir viel Freude an der Ratsarbeit und dass du mit der Unterstützung in der Fraktion schnell im Ratsleben ankommst und dich wohl fühlst.

3 Regionalpolizei; Malagahaus; Niederlenzerstrasse 27; Kostenbeteiligung am Umbau von Räumlichkeiten für gemeinsame Nutzung mit Kantonspolizei; Umbau und Sanierung der bestehenden Räumlichkeiten; Verpflichtungskredite

Sprecher der GPFK ist Remo Keller (SP): Die Qualität der Vorlage und die Infoveranstaltung waren gut. So erstaunt es denn nicht, dass die Diskussion im Protokoll der GPFK nicht einmal eine halbe Seite beansprucht. Trotzdem ist die Vorgeschichte dieses Geschäfts lang und war auch die Ursache für Gerüchte. Obwohl schon seit längerer Zeit klar ist, dass die Posten der Kantons- und Regionalpolizei zusammengelegt werden, wurden verschiedene Varianten geprüft. Wie der Vorlage entnommen werden kann, soll die Kantonspolizei im 1. Stock des Gebäudes untergebracht werden, während im 2. Geschoss die

gemeinsamen Räumlichkeiten sowie unsere Regionalpolizei untergebracht werden. Bei den gemeinsamen Räumen ist der Kanton Bauherr und wir müssen uns an den Kosten beteiligen. Wie man munkelt, ist die Vorlage auch beim Kanton unbestritten. Bei denjenigen Räumen, die nur der Regionalpolizei dienen, ist die Stadt Bauherrin; wir müssen deshalb separat über diesen Kredit befinden. Im Gesamten geht es um Fr. 626'000.– (Fr. 235'000.– Kostenbeitrag an den Kanton und Fr. 391'000.– für die Räume der Repol).

Die Vorlage ist sehr informativ, selbst weiterführende Hinweise auf zukünftige Kosten sind aufgeführt. Es ist klar erläutert, was mit dem Mietzins passiert, wie sich dieser verändern wird und was uns in unseren zukünftigen Budgets erwarten wird. Die Raumaufteilung sowie der Zeitplan sind aufgeführt. Wir hoffen, dass das vorliegende Konzept für die Zusammenarbeit der beiden Polizeikörper dann tatsächlich so gelebt werden kann und das Bezirksgebäude nach dem Auszug der Kantonspolizei für andere Optionen zur Verfügung steht. Die GPFK empfiehlt Ihnen, beiden Teilen der Vorlage zuzustimmen. Die gleiche Empfehlung gibt auch die SP-Fraktion ab.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Remo Keller. Die Diskussion ist offen. Wünscht jemand das Wort? Wenn die Diskussion nicht gewünscht wird, komme ich zu den Abstimmungsfragen.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 24. April 2019 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

1. Der Einwohnerrat stimmt einer Kostenbeteiligung der Stadt Lenzburg an den Baukosten für den Umbau von Räumlichkeiten für eine gemeinsame Nutzung von Diensträumen durch die Kantons- und Regionalpolizei zu und bewilligt einen Kredit für einen Pauschalbeitrag von Fr. 235'000.– an die Investitionen des Kantons.
2. Der Einwohnerrat stimmt dem Umbau und der Sanierung der bestehenden Räumlichkeiten, welche von der Regionalpolizei alleine genutzt werden, zu und bewilligt dazu einen Bruttokredit von Fr. 391'000.–, zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 1. Juli 2019 ab.

4 Brunnmattstrasse Mitte, Sanierung; Verpflichtungskredit

GPFK-Sprecher ist Franck Robin (SP): Bei diesem Verpflichtungskredit geht es um die Sanierung des Abschnitts zwischen dem Unteren Haldenweg und dem Knoten Oberer Haldenweg/Bannhaldenweg der Brunnmattstrasse. Der Belag ist an diversen Orten stark beschädigt und weist Risse auf. Wasser kann in die Foundation eindringen und insbesondere im Winter (nach immer seltener werdenden Schneefällen) zu weiteren Schäden führen. Auch der Randabschluss muss teilweise ersetzt werden. Der Gehweg, welcher von der Strasse durch einen Grünstreifen getrennt ist, wird auch erneuert. Der Hang Bölli/Schulwiese auf der Südseite des zu sanierenden Abschnitts ist ein beliebter Schlittelhang.

Der einzige Diskussionspunkt in der GPFK war, ob der Grünstreifen erhalten bleiben soll. Der Stadtrat ist der Meinung, dass dieser Streifen beibehalten werden muss, da er auch der Sicherheit des Schlittenhangs dient. Auf diesem Streifen können Pfosten und Strohballen aufgestellt werden. Sollte der Rat den Verpflichtungskredit gutheissen, werden die Arbeiten im Sommer und Herbst ausgeführt, so dass – sollte im kommenden Winter Schnee fallen – der Schlittelhang wieder zur Verfügung stehen würde.

Bei der Vorlage geht es um eine klassische Investition zur Werterhaltung unserer Infrastruktur. Das Geschäft war in der GPFK unbestritten. Sie empfiehlt einstimmig, dem Verpflichtungskredit von Fr. 325'000.– zuzustimmen. Die SP-Fraktion wird dem Kredit auch zustimmen und wünscht sich wieder einmal ein Winter mit viel Schnee.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Franck Robin. Die Diskussion ist eröffnet, wem darf ich das Wort erteilen? Wenn die Diskussion nicht gewünscht wird, kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 10. April 2019 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat stimmt der Sanierung und Verstärkung der Brunnmattstrasse Mitte zu und bewilligt für die Ausführung des Vorhabens einen Verpflichtungskredit von Fr. 325'000.–, zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 1. Juli 2019 ab.

5 Bösenrain, Sanierung; Verpflichtungskredit

Sprecherin der GPFK ist Corin Ballhaus (SVP): Wir stimmen heute Abend über einen Verpflichtungskredit von Fr. 235'000.– für die Sanierung des Bösenrains ab. Diese Strasse dient als Zufahrt von der Seonerstrasse zur Firma Messer Schweiz AG (im Volksmund auch "Suurstoffi" genannt). Beim ersten Blick handelt es sich hier um eine ganz normale Instandhaltungsvorlage. Dass unsere Strassen in befahrbarem Zustand gehalten werden, sollte im Interesse uns aller liegen. So sind im Finanzplan 2019 bis 2023 für dieses Jahr Fr. 200'000.– für die Sanierung eingestellt. Die budgetierten Mehrkosten von Fr. 35'000.– werden mit einer Randverstärkung an zwei Stellen und einer Verbesserung der Entwässerung im unteren Bereich begründet.

Auf den zweiten Blick fallen aber zwei Sachen auf. Zum einen gibt uns die Vorlage ganz nebenbei einen Abriss zur Industriekultur am Aabach. Das ehemalige Sauerstoffwerk ist sicher einer dieser Zeitzeugen. Zum anderen lesen wir so ganz nebenbei unter Punkt 7, dass die SWL die bestehende Wasserversorgungsleitung auf diesem Areal ersetzen muss, damit gewährleistet ist, dass im Falle eines Brands bei der Firma Messer Schweiz AG eine genügende Wassermenge und ein entsprechender Wasserdruck vorhanden sind. Jetzt könnte man sagen, dies müsste uns nicht interessieren, da Wasserleitungen Sache der SWL Wasser AG sind. Wie dem Projektbeschrieb entnommen werden kann, soll unter dem Bösenrain eine neue Wasserleitung gelegt werden. Es macht sicherlich absolut Sinn, die Strassensanierung und den Werkleitungsbau zu koordinieren. In der Vorlage wird leider nicht erwähnt, wieso die SWL nicht die bestehende Wasserleitung, die heute durch das Areal verläuft, ausbaut, sondern eine neue Wasserleitung im Bösenrain (mit einem teuren Spülbohrverfahren unter dem Oberwasserkanal) vorsieht. Teuer wäre es aber in erster Linie nicht für die SWL, sondern vor allem für die Firma Messer Schweiz AG, welche sich mit einem fast vier Mal höheren Betrag an dieser neuen Leitung beteiligen soll. Dass diese Firma die Antwort auf die Frage genauso vermisst wie wir und noch keine Kostenzusage gemacht hat, resp. alternative Lösungen verlangt, kann ich ihr nicht verdenken. Jetzt macht es sicher wenig Sinn, den Bösenrain zu sanieren, solange unklar ist, ob die neue Wasserleitung realisiert wird oder nicht. Der GPFK ist es ein grosses Anliegen und eine Bedingung, dass zuerst eine Lösung bezüglich der Wasserleitung gefunden und der Kostenverteiler vereinbart werden kann, bevor mit der Strassensanierung begonnen wird.

Punkt 7 der Vorlage wirft noch ein Licht auf einen – aus meiner Sicht – beunruhigenden Aspekt. Wenn es heute (dies wünscht sich niemand) auf diesem Areal brennen würde, fehlt eine Menge Wasser und vor allem Druck beim

Löschwasser. Die Richtlinien für die Löschwasserversorgung der Gebäudeversicherung sind meiner Meinung nach klar. Sie verpflichten den Beitragsempfänger – dies ist bei der Hydrantenentschädigung die SWL – der Feuerwehr jederzeit die von der Versicherung geforderten Menge zur Verfügung zu stellen. Wenn dies bei der Firma Messer Schweiz AG nicht gewährleistet ist, vor allem was die Wassermenge anbelangt, frage ich mich, ob wir uns darauf verlassen können, dass an anderen Orten richtlinienkonform Löschwasser zur Verfügung steht. Ich hoffe, dass die Stadt als Eignerin und die Verwaltungsräte der SWL Wasser AG, die mit ihrem persönlichen Vermögen haften, sich ihrem Haftungsrisiko bewusst sind. Die GPFK sagt zähneknirschend Ja zur Vorlage, da die Sanierung der Strasse nichts mit der Wasserleitung zu tun hat. Dies aber mit der klaren Auflage, dass erst damit begonnen wird, wenn klar ist, was mit der Wasserleitung ist und wer welche Kosten zahlt. Dieser Empfehlung folgt auch die SVP-Fraktion.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 10. April 2019 wird einstimmig, bei zwei Stimmenthaltungen,

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat stimmt der Sanierung des Bösenrains zu und bewilligt für die Ausführung des Vorhabens einen Verpflichtungskredit von Fr. 235'000.–, zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 1. Juli 2019 ab.

6 Postulat für mehr Sicherheit auf den Kantonsstrassen zwischen Aabachbrücke und Kindergarten Widmi; Bericht des Stadtrats

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Ich übergebe das Wort dem Vertreter der Unterzeichnenden, Thomas Schär.

Thomas Schär (SP): Die SP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für die Beantwortung unserer Motion als Postulat. Der ausführlichen Antwort ist zu entnehmen, dass unser Anliegen dem Stadtrat wichtig ist. Dies freut uns und entspricht auch dem Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger. Es sei hier auf die Petition "Glückler" mit über 600 Unterschriften verwiesen. (Rolf Glückler sitzt heute hier im Publikum.) Das durchdachte Vorgehen des Stadtrats, die gründlichen Schritte, der Einbezug diverser Stellen, das Bestehen gegenüber dem Kanton auf einen beschwerdefähigen Entscheid, sprechen für den Einsatz seitens des Stadtrats. Keine Freude haben wir allerdings am Verhalten und an der Position des Kantons. Wenn zu den im Postulat erwähnten Strassen festgehalten wird, dass Kantonsstrassen verkehrsorientierte Strassen sind, die den Verkehr möglichst rasch von den Gemeinden- und Sammelstrassen übernehmen und überregional weiterleiten sollen, verkennt der Kanton die Situation vor Ort auf "krasse" Art und Weise. Die erwähnten Strassen sind auf dem Papier natürlich Kantonsstrassen. Bezüglich Nutzung der verschiedenen Verkehrsteilnehmenden, aber auch aufgrund der Bevölkerungsentwicklung im Umfeld dieser Strassen, handelt es sich hier de facto um Gemeindestrassen. Hier an der Definition von Kantonsstrassen festzuhalten, entspricht einer Haltung von vorgestern.

Wir hoffen, dass unser auch vom Stadtrat unterstütztes Anliegen dazu beiträgt, dass der Kanton seine Haltung revidiert und zeitgemäss plant. Vergleichbare Anliegen werden von vielen Gemeinden mit Vehemenz geäussert. Deshalb besteht zumindest die Hoffnung, dass der Kanton seine Sicht ändern wird. Nochmals ein Dankeschön an den Stadtrat für seinen Einsatz und die Unterstützung.

Dass der Stadtrat auf eine Beschwerde verzichtet, um das anstehende Sanierungs- und Ausbauprojekt für die Ammerswilerstrasse nicht weiter zu verzögern, kann die SP-Fraktion verstehen und unterstützen wir auch. Somit können wir immerhin hoffen - möglichst rasch und nicht erst in einigen Jahren - eine sanierte Ammerswilerstrasse mit beidseitigen Gehwegen und gut gelegenen Bushaltestellen und Fussgängerstreifen (mit Schutzinseln) zu erhalten.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Thomas Schär. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat?

Corinne Horisberger (FDP): Mit grosser Enttäuschung habe ich zur Kenntnis genommen, dass der Kanton den Antrag des Stadtrats für die Einführung einer Tempo 30-Zone abgelehnt hat. Als Bewohnerin der Unteren Widmi kann ich beurteilen, dass sich die Verkehrssituation – besonders auf der Ammerswilerstrasse West – in den letzten Jahren vehement verändert hat. Es sind neue Wohnquartiere entstanden, und es wohnen viel mehr Personen in den angrenzenden Quartieren. Die erwähnte Unfallanalyse aus den vergangenen Jahren

kann meines Erachtens nicht beigezogen werden, da sich die Verkehrssituation aufgrund der Quartierentwicklung stark verändert hat. Tatsächlich hat sich am Freitag, 10. Mai 2019, ein Unfall zwischen einem Bus und einem PW auf der Höhe Bifang ereignet. Ich hoffe sehr, dass bis zur endgültigen Umsetzung des Sanierungs- und Ausbauprojekts Ammerswilerstrasse sich nicht noch mehr Unfälle ereignen (in welche auch Personen involviert sind).

Zudem möchte ich anbringen, dass das aktuell installierte Geschwindigkeitsmessgerät "Speedy" auf Höhe der Bushaltestelle Friedweg weiter nach Süden verschoben werden sollte, so dass die Anzeige vor dem Fussgängerstreifen und vor allem vor dem Kindergarten ihre Wirkung hat. Bis zur Lösung der Situation wäre es sinnvoll, zu Stosszeiten einen Lotsendienst zu installieren, damit die Strassenüberquerung auf Höhe der Bushaltestelle Friedweg mit entsprechender Sicherheit erfolgen kann. Dies ist umso notwendiger, da der Bus kurz vor Schulbeginn am Friedweg stoppt. Das aktuell erhöhte Verkehrsaufkommen in Folge der Strassensanierung in Schafisheim verschärft die Situation an der Ammerswilerstrasse zusätzlich.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Corinne Horisberger. Falls das Wort nicht mehr gewünscht wird, kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 27. März 2019 wird mit 36 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat heisst, gestützt auf § 29 Abs. 3. der Gemeindeordnung, den Bericht des Stadtrats zum Postulat für mehr Sicherheit auf den Kantonsstrassen zwischen Aabachbrücke und Kindergarten Widmi gut.

Dieser Beschluss ist formeller Natur und unterliegt nicht dem fakultativen Referendum.

**7 "Motion" der Einwohnerfraktionen der SP, BDP, GLP, CVP, EVP und Grünen "Für mehr Wohnqualität – Stopp Lärm und Raserei";
Beschlussfassung und Überweisung als Postulat**

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Ich übergebe das Wort an die Vertreterin der Unterzeichnenden, Anja Vögeli.

Anja Vögeli (SP): Laut ist out. Plakate an der Murackerstrasse haben auf den Missstand hingewiesen, welcher seit Jahren rund um den Bahnhof herrscht. Es finden regelmässig illegale Autorennen statt. Vor allem die geraden Strecken an der Ringstrasse, am Niederlenzer Kirchweg und an der Murackerstrasse laden nachts und früh morgens ein, Autorennen zu veranstalten oder die Motoren einfach laut aufheulen zu lassen. Die "Rennfahrer" präsentieren ihre Fahrzeuge auf dem Bahnhofareal und ziehen anschliessend stolz ihre Runden. Der Motorenlärm zieht sich oft über Stunden hin. Kaum ist aber die Regionalpolizei vor Ort, werden die Strassen von den gut organisierten Rasern gemieden. Die Präsenz der Polizei macht via Soziale Medien die Runde. Laut Polizei ist es aus diesem Grund nicht einfach, die Verkehrssünder zu überführen. Neben der Belastung der Anwohner und Anwohnerinnen ist es nur eine Frage der Zeit, bis auf diesen Strassen Menschen zu Schaden kommen.

Die geplagten Anwohner und Anwohnerinnen haben den Autolärm nun endgültig satt. Sie haben die Rasereien aufgrund von spätpubertärem Gehabe satt. Sie haben es satt, mitten in der Nacht aus ihrem Schlaf gerissen zu werden. Sie haben es satt, dass ihre Wohn- und Lebensqualität, ja ihre Gesundheit, wegen angeberisch aufheulenden Motoren leidet. Darum wurden sie zusammen mit Sympathisanten aktiv und haben 559 Unterschriften gegen Lärm und Raserei gesammelt. Praktisch die Hälfte der Unterschriften stammt von Anwohnerinnen und Anwohnern. Für die Unterschriftensammlung gab es übrigens viel Lob und Dank. Endlich wird etwas unternommen. Bei der Petitionsübergabe am 11. März 2019 durch das Komitee hat Stadtrat Martin Stücheli versichert, das Anliegen sehr ernst zu nehmen. Dem Versprechen wollen wir, wie vom Stadtrat berichtet, nicht mit einer Motion, sondern mit einem Postulat Nachdruck verleihen. Aus diesem Grund fordert die SP-Fraktion zusammen mit den Fraktionen der EVP, BDP, CVP, GLP und der Grünen, dass der Stadtrat die nötigen Massnahmen unternimmt und die häufig stattfindenden Rasereien und Autorennen auf dem Niederlenzer Kirchenweg, der Murackerstrasse und allenfalls der Ringstrasse unterbindet. Die konkreten Massnahmen und Umsetzungen werden der Verwaltung und den zuständigen Stellen überlassen. Denkbar sind Verkehrsberuhigungen (Tempo 30, bauliche Massnahmen, stark vermehrte Polizeipräsenz, Überwachungssysteme oder Lärmmessgeräte). Ziel muss es sein, die gefährlichen und vor allem nachtruhestörenden Vorkommnisse schnellstmöglich einzudämmen. Laut ist out. Stoppen wir gemeinsam Lärm und Raserei in Lenzburg.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Anja Vögeli. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat?

Michael Häusermann (SVP): Es ist klar, dass wir heute Abend nur über die Überweisung des Vorstosses sprechen. Wir sehen aber, wohin die ganze Geschichte gehen kann. Anja Vögeli hat vorhin gesagt, dass auf den Strassen rund um den Lenzburger Bahnhof regelmässig illegale Rennen und Rasereien stattfinden. Selbstverständlich haben auch die Anwohnerinnen und Anwohner der Murackerstrasse, der Ringstrassen Nord und West und an allen anderen Strassen das Recht auf eine nächtliche Ruhe. Wenn wir heute eine andere Haltung als die Motionäre einnehmen, so ist diese absolut nicht gegen die Personen gerichtet, die dort leben. Die SVP-Fraktion gönnt allen Lenzburgerinnen und Lenzburgern die Nachtruhe.

Es wird ausgeführt, dass die "schnurgeraden" Strassen zum Rasen einladen. Ob dies so ist, weiss ich nicht. Alleine die Tatsache, dass eine Strasse gerade ist, sollte noch nicht zum Rasen verleiten, sonst müssten wir auch an der Aarauer-, Seoner-, Henschiker-, Niederlenzer- oder an der Bahnhofstrasse Rennen haben. Aus unserer Sicht hat die Situation, über welche wir heute Abend sprechen, eindeutig auch etwas mit dem Bahnhof zu tun. Bahnhöfe, das sieht man auch andernorts, die in städtischen Gebieten liegen, ziehen gewisse Personengruppen an. Anja Vögeli hat sie "Spätpubertären" genannt. Da bin ich völlig gleicher Meinung, dies ist so und wir haben hier ein gesellschaftliches Problem. Es wird weiter ausgeführt, dass die Autos auf dem Bahnhofareal präsentiert und anschliessend mit laut aufheulenden Motoren die Runden gefahren werden. Es tut uns leid, aber gegen eine Präsentation von schönen Autos, beispielsweise der Marken BMW, Audi und Mercedes, kann man nichts machen. Es verstösst gegen kein Gesetz das Auto den Kollegen zu zeigen. Das Aufheulen lassen der Motoren ist eine Sauerei und ärgert auch uns. Aber auch diesem Phänomen kann leider – wie die Motionäre selber erwähnen – nur schwer entgegengewirkt werden. Ich muss das Auto nicht einmal bewegen, um den Motor aufheulen zu lassen. Was das Rundenfahren anbelangt, stellt sich die Frage: Sind wir innerhalb oder ausserhalb der Geschwindigkeiten, die erlaubt sind? Geschwindigkeitsübertretungen zu bestrafen ist schwierig, da es zu keinen Vergehen mehr kommt, sobald die Polizei vor Ort ist. Es ist ein Katz und Maus-Spiel.

Positiv zu anerkennen ist, dass es den zuständigen Stellen überlassen wird, was dagegen getan werden muss. Es zeigt aber auch, dass die Motionäre selber vermutlich nicht wissen, wie man dem Problem Herr werden kann. Dies auch wenn verschiedene Massnahmen aufgeführt werden (bauliche Anpassungen, Tempo 30, Überwachungssystem oder vermehrte Polizeipräsenz). Bauliche Massnahmen wären vermutlich das effektivste Mittel gegen Raserei. Die Schwellen an der Othmarsinger- oder an der Wilstrasse bremsen beispielweise das Tempo. Die Muracker- und die Ringstrasse dienen auch dem Busverkehr. Wie viel Freude der RBL hätte, wenn bauliche Massnahmen umgesetzt würden,

darauf wäre ich noch gespannt. Bezüglich Präsentieren der Autos und Aufheulen der Motoren nützen bauliche Massnahmen nichts. Machen wir uns nichts vor. Warum sollen wir unsere Strassen verbauen? Wegen ein paar wenigen Personen, die Probleme machen? Tempo 30 ist momentan absolut in Mode, aber auch das nützt gegen das Aufheulen der Motoren und das Präsentieren der Fahrzeuge nichts. Dazu kommt, dass mit jedem weiteren Ausbau von Tempo 30 die Mehrheit der Autolenker, die vernünftig fährt, kriminalisiert wird. Die SP möchte auf unseren Strassen immer mehr Einengungen, Beschränkungen und Verbote. Wir unterstützen dies aber nicht. Tempo 30 auf der Muracker- und der Ringstrasse ist für uns zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehrheitsfähig. Tempo 30 ist gut bei Schulhäusern, Altersheimen oder engen Situationen, aber nicht auf Strassen, die gut ausgebaut sind, bei welchen Fussgänger auch sicher auf dem Trottoir gehen können. Zum Überwachungssystem fällt mir nichts ein. Was oder wie wollt ihr überwachen? Schlussendlich bleibt nur noch die Polizeipräsenz. Offenbar, dies ist auch im Papier so geschrieben, führt diese Massnahme zum Erfolg. Aber für eine vermehrte Polizeipräsenz benötige ich weder eine Motion noch ein Postulat. Wir trauen der Regionalpolizei zu, zu erkennen, wo die Hot Spots in ihrem Einzugsgebiet liegen. Dies lässt sich auch mit einem Gespräch mit dem Ressortvorsteher der Polizei regeln. Dafür benötigen wir kein Postulat und wir müssen die Verwaltung nicht zusätzlich beschäftigen. Die Anwohnerinnen und Anwohner der genannten Strassen sollen die Nachtruhe geniessen können. Das von einer Minderheit unserer Gesellschaft verursachte Problem ist ein gesellschaftliches, das der Stadtrat lösen kann. Eine stärkere polizeiliche Präsenz unterstützen wir. Wie gesagt, dazu braucht es kein Postulat. Aus diesem Grunde, lehnen wir eine Überweisung ab. Besten Dank.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Besten Dank, Michael Häusermann. Gibt es weitere Wortmeldungen?

Marcel Spörri (EVP): Ich bin nicht gleicher Meinung wie Michael Häusermann. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass er nicht im Bahnhofquartier wohnt.

Ich gehe mehrmals pro Woche zum Bahnhof oder vom Bahnhof nach Hause, und ich hatte mehr als einmal Glück, dass ich persönlich nicht in einen Unfall verwickelt wurde. Ein Unfallopfer ist bereits eines zu viel, deshalb besteht hier dringender Handlungsbedarf. Auch wenn auf dem Trottoir Bäume stehen, so gibt es gewisse "Idioten" (ich kann es nicht anders sagen), die nicht wissen, wie man dort Auto fährt. Diese sind der Grund, weshalb das Postulat eingereicht wurde. Dass die Autos beim Bahnhof präsentiert werden, ist definitiv nichts Verbotenes, solange die Lenker den Motor nicht aufheulen lassen. Bezüglich Aufheulen gibt es zwei Arten von Autos. Die normalen Fahrzeuge und jene, die technische Anpassungen aufweisen, damit sie besonders laut sind. Die von mir als "Idioten" bezeichneten Lenker (hier darf mich die Presse wörtlich zitieren) fahren nicht nur beim Bahnhof, sondern auch bei der Schulanlage Lenzhard vorbei, vor allem bei Schulschluss. Um einigen jungen, pubertierenden

Mädchen zu imponieren wird nochmals kräftig aufs Gas gedrückt. Ein einziges Beschleunigungsmanöver genügt, damit man als Anwohner unsanft geweckt wird.

Bezüglich baulichen Massnahmen möchte ich festhalten, dass es durchaus Schwellen gibt, die ein Bus – im Gegensatz zu tiefergelegten Autos – problemlos passieren kann. Während den Strassenbauarbeiten wurden hier im Quartier die Schwellen entfernt und wir mussten die gleichen Probleme feststellen. Seit die Schwellen nun wieder installiert sind, wird nicht mehr gerast. Könnte man bei der Murackerstrasse eine Schwelle bauen, so würde niemand gestört und Tempo 50 könnte auch bestehen bleiben. Aber es muss dringend etwas unternommen werden, deshalb haben wir den nun zur Diskussion stehenden Vorstoss eingereicht. Stadtrat Martin Stücheli hat uns versichert, dass er die Angelegenheit ernst nimmt. Durch eine Überweisung des Postulats erhöhen wir zusätzlich den Druck, was sicher nicht schadet.

Übrigens wurden wir bei der Übergabe der Unterschriften auch von Seiten der Post darauf aufmerksam gemacht, dass es bei der Parkplatzausfahrt auf die Murackerstrasse immer wieder zu gefährlichen Situationen kommt. Es gibt verschiedene Lösungsmöglichkeiten, um die Situation zu verbessern. Hier vertraue ich auf unsere Fachpersonen. Sollte das Postulat nicht überwiesen werden, erachte ich dies als eine Frechheit gegenüber allen Anwohnern.

Beatrice Taubert (SP): Michael Häusermann hat gesagt, dass es ein Ding der Unmöglichkeit ist, Raser zu überführen oder zu vertreiben. Für mich bedeutet diese Aussage Resignation, was in solch einem Moment das Falsche ist. Genau dies signalisieren wir, wenn wir das Postulat nicht überweisen. Das heisst, wir haben resigniert, wir tolerieren euch, weil wir keine andere Möglichkeit haben. Es gibt jedoch Städte, wie z.B. Chur, die es mit relativ wenig Mitteln geschafft haben, d.h. mit vermehrten Polizeikontrollen. Bei uns hat die Polizei keine Zeit, um vermehrt Kontrollen durchzuführen. Es muss von der Bevölkerung ein gewisser Druck via Stadtrat kommen, um der Polizei Zeit zu verschaffen, dieses Problem zu lösen. Im Moment ist es hier zu attraktiv, und es geht darum, den Bahnhof unattraktiv zu machen. Falls wir das Postulat nicht überweisen sollten, heisst dies für mich, dass wir resigniert haben und die aktuelle Situation akzeptieren. Das geht nicht.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Beatrice Taubert. Wird das Wort weiterhin gewünscht? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 10. April 2019 wird mit 27 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen sowie 1 Stimmenthaltung

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat stimmt der Behandlung der "Motion für mehr Wohnqualität – Stopp Lärm und Raserei" als Postulat zu.

Dieser Beschluss ist formeller Natur und unterliegt nicht dem fakultativen Referendum.

8 Postulat SP "Standortförderung einer Mittelschule in Lenzburg"; Bericht des Stadtrats

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Ich übergebe das Wort an Beatrice Taubert, Vertreterin der Unterzeichnenden.

Beatrice Taubert (SP): Das Postulat "Standortförderung einer Mittelschule in Lenzburg" wurde vom gesamten Einwohnerrat unterzeichnet. Dies zeigt die Wichtigkeit dieses Anliegens auf. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Ratskolleginnen und Kollegen für die grosse Unterstützung bedanken. Wir bedanken uns aber auch recht herzlich beim Stadtrat für den positiven Bericht und vor allem, dass er beim BKS in Aarau rechtzeitig das Interesse von Lenzburg an einem Mittelschulstandort angemeldet hat. Wir hoffen, dass sich der Aufwand für die Evaluation der möglichen Standorte gelohnt hat und Lenzburg als Favorit aus dem Rennen geht. Eine Mittelschule wäre eine grosse Bereicherung für die Stadt Lenzburg. Wir wünschen dem Stadtrat für die weiteren Verhandlungen alles Gute.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Beatrice Taubert. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das Wort scheint nicht weiter gewünscht zu werden, somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 17. April 2019 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat heisst gestützt auf § 29 Abs. 3. der Gemeindeordnung den Bericht zum Postulat "Standortförderung einer Mittelschule in Lenzburg" gut.

Dieser Beschluss ist formeller Natur und unterliegt nicht dem fakultativen Referendum.

9 Sanierung Kanalisation im Teilgebiet C (Aabach), Kontrollschacht KS 50007 bis Kontrollschacht KS 60116; Kreditabrechnung (zu Lasten Abwasserrechnung)

Sprecher der GPFK ist Rudolf Baumann (SVP): François Kuhlen und ich haben die Kreditabrechnung geprüft und für korrekt befunden. Wir verzeichnen eine Kreditüberschreitung von 7,3 % oder Fr. 18'518.25. Grund für die Mehrausgaben ist der Umstand, dass aufgrund der Leitungsdimensionen aus Sicherheitsgründen die Leitern bei den Schächten entfernt werden mussten, damit die Schlauchliner nicht beschädigt wurden. Aufgrund der Witterung musste zudem mehr Aufwand betrieben werden, um die Schächte auszupumpen. GPFK und SVP-Fraktion empfehlen einstimmig, die Kreditabrechnung zu genehmigen.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Rudolf Baumann. Die Diskussion ist eröffnet. Das Wort scheint nicht gewünscht zu werden. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 20. Februar 2019 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung für die Sanierung der Kanalisation im Teilgebiet C (Aabach), Kontrollschacht KS 50007 bis Kontrollschacht KS 60116, schliessend mit Aufwendungen von Fr. 273'518.25.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 1. Juli 2019 ab.

10 Ersatzbeschaffung Kommunikationsanlage (Ersatz Telefonanlage); Kreditabrechnung

Sprecher der GPFK ist François Kuhlen (FDP): Das Traktandum 10 können wir relativ schnell abhandeln. Rudolf Baumann und ich haben die Kreditabrechnung geprüft. Die Buchhaltung sowie die Belege stimmten – wie praktisch immer – überein. Den Fakt, dass der Auftrag nicht ausgeschrieben wurde, haben wir bereits bei der Kreditvergabe moniert. Positiv ist, dass wir eine Punktlandung bei den Kosten vermelden können. Weiter positiv zu erwähnen ist, dass mit dem Wechsel des Anbieters die Kosten für das Telefonieren für die Stadt günstiger wurden. Die GPFK sowie die FDP-Fraktion unterstützen einstimmig die Vorlage.

Markus Thöny (SVP): Am 29. Juni 2017 haben wir den Verpflichtungskredit für die Ersatzbeschaffung der Telefonanlage einstimmig genehmigt. In Anbetracht dessen, dass die Beschaffung durch die Änderung der Technologie von ISDN auf IP-Telefonie zusätzlich angetrieben wurde, gab es keine Einwände gegen diese Vorlage. Schon damals hat die GPFK hinterfragt, warum keine öffentliche Ausschreibung erfolgte. Mit der Begründung, dass die Beschaffungssumme unter Fr. 150'000.– liegt und somit keiner Ausschreibungspflicht untersteht, musste die freie Auftragsvergabe akzeptiert werden. Da ich in dieser Branche tätig bin und mich in der Materie auskenne, sind mir auch die Preise geläufig. Ich habe in meinem Votum zu diesem Traktandum informiert, dass eine aktuelle Preisliste des Herstellers in Kraft trat. Ich habe den Stadtrat damals gebeten, diese wichtige Information an die zuständigen Stellen des Stadtbauamts

weiterzuleiten. Eine Reduktion von ca. 5 % wäre aus meiner Sicht problemlos möglich gewesen. Bei Fr. 160'000.– wären dies immerhin Fr. 8'000.– gewesen. Die SVP-Fraktion ist, obwohl wir innerhalb des Kreditrahmens liegen, enttäuscht über diese Kreditabrechnung. Offenbar bestand in der Verwaltung oder bei den zuständigen Personen keinerlei Willen, die Preise nachzuverhandeln. Nicht einmal die Preisreduktion des Herstellers wurde geltend gemacht. Zudem wurden keine Anstrengungen unternommen, zu überprüfen, in welcher Flughöhe sich der eingereichte Betrag der SWL befindet. Es scheint, dass Lenzburg Geld in Hülle und Fülle hat. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich frage in die Runde: Würden Sie bei einer privaten Investition von Fr. 160'000.– auch so vorgehen und lediglich eine Offerte einholen? Wir sind überzeugt, dass jeder von uns oder zumindest der allergrösste Teil der Personen hier im Saal bereits bei weniger hohen Investitionen ein zweites Angebot einverlangen würde. Diese Abrechnung zeigt leider auf eine negative Art und Weise auf, dass es immer noch vorkommt, dass Steuergelder sorglos und mit vollen Händen ausgegeben werden. Der Korrektheit halber möchten wir hier aber noch anfügen, dass nicht in allen Verwaltungsbereichen so gearbeitet wird. Wir erachten es als schade, dass das damalige Vertrauen, das wir in das Verhandlungsgeschick des Stadtbauamts gesetzt haben, sich nicht bewahrheitet hat. Die SVP-Fraktion stimmt der Kreditabrechnung widerwillig zu, da das Projekt abgeschlossen ist und die Geräte installiert sind. Wir gehen auch davon aus, dass alle Rechnungen bezahlt wurden. Oder anders gesagt, was haben wir noch für eine Wahl? Besten Dank.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Markus Thöny. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das Wort scheint nicht weiter gewünscht zu werden, somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 17. April 2019 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung für die Ersatzbeschaffung der Kommunikationsanlage (Ersatz Telefonanlage), schliessend mit Aufwendungen von Fr. 164'391.45.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 1. Juli 2019 ab.

11 Schützenmattstrasse, Sanierung; Kreditabrechnung

Sprecher der GPFK ist Rudolf Baumann (SVP): Auch diese Vorlage haben François Kuhlen und ich gleichentags geprüft. Die Rechnungen wurden richtig kontiert und abgerechnet. Die Sanierung der Schützenmattstrasse ist eine sogenannte Punktlandung. Sie wurde nur um 0,09 % oder Fr. 521.– überschritten. Dies ist eine gute Leistung. Die Änderungen können Sie der Vorlage entnehmen. Bei der Rechnungskontrolle fiel uns auf, dass das Ingenieurbüro eine verhältnismässig grosse Summe für das Erstellen von Kopien in Rechnung gestellt hat. Dies lässt sich dadurch erklären, dass grossformatige Plankopien aus naheliegenden Gründen wesentlich mehr kosten. GPFK und SVP-Fraktion sprechen sich für die Genehmigung der Kreditabrechnung aus.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Rudolf Baumann. Wir nehmen gerne zur Kenntnis, dass auch die GPFK eine Kostenoptimierung anstrebt. Wird das Wort weiter gewünscht? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 17. April 2019 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung für die Sanierung der Schützenmattstrasse, schliessend mit Aufwendungen von brutto Fr. 550'521.05.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 1. Juli 2019 ab.

12 Anfrage der Einwohnerratsfraktion der SP "Querungsmöglichkeit(en) für Fussgänger auf der Ammerswilerstrasse"; Beantwortung des Stadtrats

Stadtrat Martin Stücheli: An der Einwohnerratssitzung vom 6. Dezember 2018 hat die SP unter dem Traktandum "Umfrage" eine Anfrage bezüglich "Querungsmöglichkeit(en) für Fussgänger auf der Ammerswilerstrasse" eingereicht. Gerne beantworte ich die Anfrage:

Situation an der Ammerswilerstrasse

Generell hat der motorisierte Verkehr auf der Ammerswilerstrasse zugenommen. Die Messungen seit 2013 zeigen aber auch, dass die Verkehrszahlen sehr stark schwanken und je nach Verkehrssituation in der Region auch abnehmen können. Das Verkehrsaufkommen konzentriert sich auf die Morgen- und Abendspitze.

Nachdem die Einfahrten in die Widmi erstellt sind und keine Baustellen mehr die Strasse säumen, ist die Geschwindigkeit der motorisierten Verkehrsteilnehmer wieder gestiegen.

Querung ohne Fussgängerstreifen

Gemäss Strassenverkehrsrecht dürfen Fussgänger eine Strasse auch ohne Fussgängerstreifen queren (*Art. 49 Abs. 2 SVG*). Die Fussgänger haben jedoch keinen Vortritt (*Art. 47 Abs. 5 VRV*). Fahrzeuglenker müssen den Fussgängern in angemessener Weise das Queren ermöglichen (*Art. 33. Abs.1 SVG*). Ein Fussgängerstreifen muss zum Queren der Fahrbahn benutzt werden, wenn er weniger als 50 m entfernt ist (*Art. 47 Abs. 1 VRV*).

Ausserhalb der Hauptverkehrszeiten (Spitzenstunden) ist ein Queren der Ammerswilerstrasse auch für schwächere Verkehrsteilnehmer (z.B. Kinder ab Schulalter) durchaus gefahrlos möglich. Während den Morgen- und Abendspitzen ist ein Queren der Strasse durch Erwachsene und für Kinder in Begleitung von Erwachsenen möglich.

Fussgängerstreifen/Querungshilfe Ammerswilerstrasse

Auf Höhe Kindergarten und im Abschnitt zwischen Brunnmattstrasse und Ziegeleiweg sind Fussgängerstreifen vorhanden. Die Distanz zwischen diesen Fussgängerstreifen beträgt jedoch ca. 430 m. Ein zusätzlicher Fussgängerstreifen wurde am 23. Januar 2019 beim Projektleiter des Departements Bau, Verkehr und Umwelt (BVU) beantragt.

Um die Anzahl der Querungen und die Wunschlinie zu ermitteln, führte das BVU während einer Woche zwischen Brosiweg und Untere Widmi Kameraaufnahmen durch. Nach der Beobachtung über den Zeitraum eines ganzen

Tages von 6 Uhr bis 19 Uhr (13 Stunden) wurde aufgrund der Resultate entschieden, die Zeitintervalle 08.00 Uhr bis 09.00 Uhr, 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr, sowie 16.00 Uhr bis 19.00 Uhr (6 Stunden) auszuwerten. Es handelt sich dabei um die Stunden mit den höchsten Querungsfrequenzen.

Etwa ein Drittel der querenden Personen nimmt nach der Querung den Weg Richtung Stadt bzw. kommt aus Richtung Stadt. Mit der Realisierung des westlichen Gehwegs wird daher die Anzahl Querungen abnehmen. Der Stadtrat geht davon aus, dass im Zusammenhang mit dem Ausbauprojekt vorerst eine Querungshilfe (Fussgängerschutzinsel) erstellt wird. Sollte die Anzahl Querungen zunehmen, kann diese Querungshilfe mit einem Fussgängerstreifen nachgerüstet werden.

Ein Fussgängerstreifen oder eine Querungshilfe müssen die technischen Vorschriften gemäss Norm erfüllen. Insbesondere müssen die Sichtweiten und die Beleuchtungsstärken eingehalten werden. Die Abteilung Tiefbau & Verkehr der Stadt geht davon aus, dass aus diesem Grund vermutlich ein oder zwei Bäume der Allee gefällt werden müssten, je nachdem wo die Querung platziert wird. Zudem muss dieser Bereich heller ausgeleuchtet werden.

An welcher Stelle die zusätzliche Querung genau erstellt werden kann und ob hierfür wirklich einer oder zwei der markanten Lindenbäume gefällt werden muss, wird das überarbeitete Ausbauprojekt zeigen. Der Stadtrat wartet nun auf das Resultat der überarbeiteten Planung. Sobald dieses vorliegt, wird er entscheiden, ob die Querung realisiert werden soll.

Der Stadtrat erachtet die Lindenbaumreihe als wichtiges Grünelement im Strassenraum und wird nicht leichtfertig die Fällung eines Baums befürworten, sondern die verschiedenen Interessen sorgfältig abwägen.

Tempo 30 Ammerswilerstrasse

Die Beantwortung erfolgte im Rahmen des Berichts zum "Postulat für mehr Sicherheit auf den Kantonsstrassen zwischen Aabachbrücke und Kindergarten Widmi".

Realisierung Ausbau und Sanierung Ammerswilerstrasse

Gemäss Finanzplan 2019 – 2023 der Stadt Lenzburg ist die Realisierung in den Jahren 2021 und 2022 vorgesehen. Aufgrund der Abklärungen im Zusammenhang mit dem erwähnten Postulats geht die Abteilung Tiefbau & Verkehr davon aus, dass die Realisierung ca. ein Jahr später starten wird.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Martin Stücheli. Möchten sich die Verfasser der Anfrage kurz zur Beantwortung äussern?

Yvonne Bernasconi (SP): Gerne möchte ich mich beim Stadtrat für die rasche Bearbeitung und Beantwortung der dringlichen Anfrage aus der Bevölkerung bedanken. Ich habe noch eine Anmerkung zur Analyse, die mittels Kamera an der Ammerswilerstrasse vorgenommen wurde. Es wurde von den Bewohnern aus dem Quartier moniert, dass diese zu weit weg vom Geschehen positioniert wurde. Nach Nachfragen bei Christian Brenner, Leiter Tiefbau und Verkehr, hat sich herausgestellt, dass die Kamera eine Distanz von knapp 100 m erfassen und aussagekräftige Messwerte liefern konnte.

Mit Bedauern nehmen wir den Entscheid des Departements Bau, Verkehr und Umwelt zur Kenntnis. Doch ist es aufgrund der geplanten Veränderung für uns nachvollziehbar, warum vorläufig auf eine Beschwerde von Seiten Stadtrat an den Kanton verzichtet wird. Wir werden in Zukunft die Verkehrssituation auf der Ammerswilerstrasse im Auge behalten und uns weiterhin für eine Entschärfung der vorherrschenden Situation einsetzen.

13 Anfrage der Einwohnerratsfraktion SP Lenzburg-Ammerswil, "Frühförderung Deutsch"; Beantwortung des Stadtrats

Stadtmann Daniel Mosimann: "Frühförderung" ist ein Thema, das im Moment eine gewisse Brisanz hat. Es ist in aller Leute Munde. Gerne beantworte ich diese Anfrage.

Frage 1: Fehlende Grundkenntnisse der deutschen Sprache bei Lenzburger Vorschulkindern – wie ist die Haltung des Stadtrates zu diesem Thema?

Die Frühförderung unterstützt die Entwicklungs- und Lernprozesse von kleinen Kindern von der Geburt bis zum Eintritt in den Kindergarten. Bei der frühen Förderung geht es nicht darum, schulische Inhalte in den Vorschulbereich zu verlegen, sondern sprachliche, motorische, emotionale, soziale sowie kognitive Fähigkeiten zu fördern und zu stärken.

Die Sprache ist ein Schlüssel zur sozialen Integration und zum Bildungserfolg. Kinder, welche beim Kindergarteneintritt die deutsche Sprache verstehen und sprechen, haben erwiesenermassen erhöhte Chancen auf eine erfolgreiche Schullaufbahn. Mangelhafte Sprachkenntnisse beim Kindergarteneintritt lassen sich mit den DaZ-Fördermassnahmen (DaZ = Deutsch als Zweitsprache) nur bedingt kompensieren.

Im Schuljahr 2018/19 benötigen von 192 Kindergartenkindern 101 DaZ-Förderung, d.h., dass mehr als 50 % der Kinder mit mangelhaften Deutschkenntnissen in den Kindergarten eintreten. Für den Unterricht sind das

erschwerter Umstände, denn eine einfache, umgangssprachliche Verständigung ist schwierig. Anweisungen können z.B. nicht befolgt werden. Ein sprachlicher Austausch mit anderen Kindern ist nur erschwert möglich.

Frage 2: Sieht der Stadtrat Handlungsbedarf?

Der Stadtrat erkennt einen gewissen Handlungsbedarf. Die frühe Förderung ist ein wichtiger Beitrag zur Chancengerechtigkeit. Die Frühförderung kann sich positiv auswirken. Langfristig betrachtet, können mit den Massnahmen einer frühen Förderung Armut und auch Sozialausgaben reduziert werden. Frühe Förderung dient zudem der Integration von Kindern aus Migrationsfamilien.

Fragen 3 und 4: Wenn ja, wie kann für Lenzburg eine frühzeitig angesetzte Sprachförderung aussehen? Wie kann man die Eltern von Vorschulkindern mit Sprachdefiziten erreichen?

Eine wichtige Massnahme zur Deutschförderung ist das alltagsintegrierte Deutschlernen in Spielgruppen. Neben Angeboten wie Mutter-Kind- bzw. Eltern-Kind-Deutschkursen spielen die familienergänzenden Betreuungsstrukturen eine sehr wichtige Rolle bei der Vermittlung von Sprachkompetenzen. Wichtige Erfolgsfaktoren sind dabei der Kontakt mit gleichaltrigen, deutschsprachigen Kindern (Kinder lernen von Kindern).

Die Schulleiterin der Lenzburger Kindergärten arbeitet in einer Netzwerkgruppe "Frühförderung" mit. Das zweite Netzwerktreffen vom Herbst 2018 zwischen Vorschulfachstellen und Schulen im Bezirk Lenzburg thematisierte die frühe Sprachförderung.

Die Fachstelle Alter und Familie des Departements Gesundheit und Soziales des Kantons Aargau (DGS) postuliert zur besseren Vernetzung der Akteure und Angebote im Frühbereich den Leitfaden "Drehbuch Runder Tisch im Frühbereich" (<https://www.ag.ch/fruehefoerderung>). Der Stadtrat nimmt mit der Koordinationsstelle Ergänzende Kinderbetreuung (kek) die Planung eines "Runden Tisches" an die Hand.

Erfahrungen aus dem Kanton Basel-Stadt zeigen, dass bereits ein alltagsintegriertes Deutschlernen (Spielgruppen, Kitas) im Umfang von zwei Halbtagen pro Woche die Deutschkenntnisse deutlich verbessert. Die grosse Herausforderung wird sein, die Eltern von Vorschulkindern mit Sprachdefiziten zu erfassen, damit ein alltagsintegrierter Spracherwerb eingeleitet werden kann.

Neben der Organisation und Durchführung eines "Runden Tisches" wird sich der Stadtrat Überlegungen zur Erfassung von Eltern von Vorschulkindern mit Sprachdefiziten machen. Zudem wird sich der Stadtrat zusammen mit der Schulleitung Kindergarten über den Themenkreis "Frühe Sprachförderung in der Gemeinde umsetzen" informieren.

Ziel muss es sein, die verschiedenen Angebote der Stadt Lenzburg und die Angebote des Kantons optimal zu koordinieren, um so eine möglichst effektive und effiziente Lösung zu erreichen.

Frage 5: Was für sprachfördernde Angebote gibt es für diese Kinder in Lenzburg?

- Elternverein - Elki-Treff
Mütter / Väter mit ihren Kindern von 0 bis ca. 5 Jahren treffen sich zum gemeinsamen Spielen, Plaudern und Meinungsaustausch.
(<http://elternverein-lenzburg.ch>)
- Familie plus+ - Spielgruppen
Vier Spielgruppen bieten Kindern die Möglichkeit, den Übergang von der Familie zu der Grossgruppe im Kindergarten bewältigen zu können.
(<http://www.familie-plus.ch/pages>)
- MuKi-Deutsch
MuKi-Deutsch – das ist ein kombiniertes (Früh-)DaZ, Elternbildungs-, Integrations- und Frühförder-Angebot für anderssprachige Frauen und Mütter und ihre vorschulpflichtigen Kinder. (<http://www.mbb.ch/muki-deutsch>)
- Kindertagesstätten und Tagesfamilien
(<https://www.kita-lenzburg.ch> / <http://www.kita-zwergenland.ch/>
<http://www.purzelhuus.ch/> / <http://kita-zauberland.ch/>
<http://www.abbkinderkrippen.ch/krippen-horte/drachenaescht-lenzburg/>
<http://tagesfamilienlenzburg.ch>)

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Daniel Mosimann. Möchten sich die Verfasser der Anfrage kurz äussern?

Anja Vögeli (SP): Das im Jahr 2019 über 50 % der Kindergartenkinder unzureichend Deutsch sprechen, ist alarmierend. Weil sich das Defizit während der Schulzeit schlecht kompensieren lässt und später gravierende Konsequenzen auf die Wirtschaft und den Sozialbereich haben kann, ist es äusserst wichtig, das schnell gehandelt wird. Die bestehenden Fördermassnahmen reichen nicht aus oder werden nicht wirklich genutzt; vor allem nicht von denjenigen Kindern, die die Unterstützung am meisten benötigen. Darum ist es zwingend notwendig, dass der Stadtrat die Planung eines solchen runden Tisches an die Hand nimmt. Diese Erfassung wird aber – wie vom Stadtrat erwähnt – die grosse Herausforderung sein. Wir hoffen, die zuständigen Stellen finden zusammen mit den erwähnten Partnern (u.a. mit dem Kanton) effektive Lösungen. Die SP-Fraktion wünscht sich eine schnelle Umsetzung der Massnahmen. Dies im Interesse der Kinder, der Eltern, der Schule, der Lehrpersonen und schliesslich auch der ganzen Gesellschaft. Die SP-Fraktion bleibt am Ball und verfolgt, ob sich die Sprachkenntnisse der Lenzburger Kinder dank der Massnahmen merklich verbessern werden. Für die umfassende Antwort bedankt sich die SP-Fraktion beim Stadtrat.

14 Anfrage von Martin Geissmann, GLP, "Lichtverschmutzung - Bodenstrahler beim Denner an der Bahnhofstrasse beseitigen, Anwendung SIA Norm 491/EG UWR"

Martin Stücheli (Stadtrat): An der Einwohnerratssitzung vom 14. März 2019 reichte Martin Geissmann im Namen der GLP eine Anfrage zum Thema Lichtverschmutzung ein. Konkret lautet die Forderung: Bodenstrahler beim Denner an der Bahnhofstrasse beseitigen, Anwendung SIA Norm 491/EG UWR.

Der Stadtrat beantwortet beide Fragen wie folgt:

Das Baugesuch für das Wohn- und Geschäftshaus an der Bahnhofstrasse 34-38 wurde am 24. Mai 2013 eingereicht und am 23. Oktober 2013 vom Stadtrat bewilligt. Die Baubewilligung beinhaltet keine angeleuchtete Werbetafel. Die Abnahme des Neubaus erfolgte am 13. September 2017. Damals war der Vorplatz noch nicht ganz fertiggestellt und die beleuchtete Werbetafel wurde nicht abgenommen.

In den Wintermonaten 2017/18 wurde die Lichtemission ausgehend von den Bodenstrahlern festgestellt. Mit Mail vom 9. Mai 2018 wurde die Bauherrschaft von der Stadt Lenzburg, Abteilung Stadtplanung & Hochbau, auf den Missstand hingewiesen mit der Bitte, die Situation gemäss SIA-Norm 491 anzupassen.

Die Bauherrschaft ist bereit, die Beleuchtung zu ändern. Auch die Stadt möchte als Vorbild voraus gehen und ist gewillt, die Beleuchtung öffentlicher Objekte den heutigen Anforderungen anzupassen. An gewissen Orten müssen aber auch andere Interessen berücksichtigt werden (Würdigung des Denkmals, Tourismus, Sicherheit, Ersatzbeleuchtung, etc.). Deshalb können nicht alle Beleuchtungen von heute auf morgen ausgeschaltet oder umgestellt werden.

Zu den Bäumen an der Poststrasse: Als die Beleuchtung der Bäume im Jahr 2006 realisiert wurde, war Lichtverschmutzung noch kaum ein Thema und die in der Anfrage erwähnte SIA-Norm noch nicht in Kraft (Erscheinungsdatum April 2013). Heute gehören die angeleuchteten Bäume zum Altstadtbild und erhellen den Strassenraum, was auch zur allgemeinen Sicherheit beiträgt. Zudem liess die Steuertechnik der Strassenbeleuchtung eine separate Programmierung oder Ausschaltung bisher nicht zu.

Die Abteilung Tiefbau & Verkehr eruiert mit der SWL Energie AG mögliche Lösungen, um möglichst allen Anliegen gerecht zu werden. Die Abteilung Tiefbau & Verkehr und die SWL Energie AG haben kürzlich die erreichten Verbesserungen (bspw. Nachtabsenkung) kommuniziert. Weiter wird sich die Energiekommission dem Thema Lichtemissionen im öffentlichen Raum annehmen und dabei verschiedenste Interessen berücksichtigen (bspw. Verkehrssicherheit, subjektives Sicherheitsempfinden, Umweltschutz, Denkmalschutz, Tourismus etc.).

Die Abteilung Stadtplanung & Hochbau sucht mit der Bauherrschaft des Gebäudes an der Bahnhofstrasse 34-38 eine Lösung, mit dem Ziel, die Beleuchtung baldmöglichst zu korrigieren, damit die Norm beachtet wird.

Seit gut einem Jahr wird in den Baubewilligungen auf die Vorschriften der SIA-Norm 491 hingewiesen und die Anhänge A "Anforderungen an die Planung, die Leuchten und den Betrieb der Anlagen" und B "Checkliste" der Baubewilligung beigelegt.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Martin Stücheli. Martin Geissmann, möchtest du dich noch kurz dazu äussern?

Martin Geissmann (GLP): Vielen Dank für die rasche Beantwortung. Die Antwort beinhaltet viel Freud und Leid oder Licht und Schatten. Aber der Reihe nach. Die Beleuchtung beim Denner ist im Sommer kein grosses Thema. Es ist gut zu hören, dass die vier Strahler baldmöglichst den Himmel nicht mehr erhellen werden. Wir werden sicher auch auf das "Baldmöglichst" achten. Es ist gut, dass die Eigentümer mit Mail vom 9. Mai 2018 auf die Problematik hingewiesen wurden. Nun haben wir Mai 2019 und sind deshalb der Meinung, dass die Problematik etwas zügiger angegangen und entsprechend umgesetzt werden müsste.

Positiv ist, dass die Stadt Vorbild sein möchte. Was wir nicht gelten lassen, ist die Aussage, dass 2006 das Thema Lichtverschmutzung noch nicht aktuell war. Das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) hat 2005 Weisungen zum Thema Vermeidung von Lichtverschmutzung erlassen. Die Thematik "Lichtverschmutzung" war bereits vorher aktuell. Positiv ist jedoch, dass Lösungen für die Bäume an der Poststrasse getroffen wurden. Im Moment tragen diese Bäume Blätter, die die Wirkung der Leuchten eindämmen. Dass dort starke Leuchten stehen, die eigentlich nur den Himmel anstrahlen, ist nicht in Ordnung. Es ist uns klar, dass man die schöne Altstadt beleuchten will, aber wir sind überzeugt, dass es 2019 technische Lösungen gibt, die der Natur nicht schaden.

Ein letzter Punkt betr. Baubewilligungen: Es ist gut, wenn die Merkblätter abgegeben werden. Es wäre aber noch besser, wenn die Einhaltung der Normen entsprechend auch kontrolliert würden. Wie gesagt, den guten Willen sehen wir, und es ist schön zu hören, dass die zweite und dritte Anfrage von uns zu diesem Thema doch innerhalb weniger Tage/Woche zu Massnahmen geführt hat. Vielen Dank.

15 Umfrage

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Nutzen Sie die Gunst der Gelegenheit. Wem darf ich das Wort erteilen?

Anfrage Unternehmensstrategie SWL

Adrian Höhn (GLP) reicht die Anfrage ein und erörtert diese. Diesbezüglich wird auf den in diesem Protokoll wiedergegebenen Text der Eingabe verwiesen.

Nationaler Frauenstreiktag 14. Juni 2019

Beatrice Taubert (SP): Seit 1981 haben wir die Gleichstellung der Geschlechter in der Bundesverfassung verankert. Rechtlich ist alles wunderbar, nur leider sieht die Realität nicht so rosig aus. Z.B. erhalten die Frauen nach wie vor noch weniger Lohn als die Herren und entsprechend stehen sie im Alter finanziell schlechter da. Auf diesem Manifest sind alle kleinen und grossen Missstände aufgelistet. Es ist Zeit, ein Zeichen zu setzen. Dies machen wir am Freitag, 14. Juni 2019, am Nationalen Frauenstreiktag. In Lenzburg findet ein abwechslungsreiches Programm statt. Die Flyer liegen für alle Interessierten auf. Wir sehen uns am Freitag, 14. Juni 2019, um 11.00 Uhr, auf dem Metzplatz. Danke für die Aufmerksamkeit.

Beantwortung Anfrage: "Weiterführung Sammelplatz Werkhof"

Martin Stücheli (Stadtrat): Wir haben die Anfrage "Weiterführung Sammelplatz Werkhof" heute erhalten. Ich beantworte diese Anfrage, bevor sie sich selber beantwortet. Sie haben den Vorstoss vor Ihnen liegen und sehen auch die Fragestellungen:

- Warum wird weiterhin die Sammelstelle im Werkhof betrieben, obwohl es eine privat geführte Gratis-Sammelstelle, nur wenige hundert Meter davon entfernt, gibt?
- Ist der Stadtrat bereit, mit Ausnahme der Kadaversammelstelle, das Sammeln von Recyclingstoffen im Werkhof einzustellen?
- Wäre, gerade auch aus Kostengründen, eine Schliessung der Sammelstelle Werkhof per Ende Juni 19 denkbar? Wenn nein, warum nicht und wann dann?

- Wie sieht die Zukunft der Kadaversammelstelle aus? Wird diese weiterhin im Werkhof von der Stadt betrieben oder gibt es Bestrebungen für ein Angebot an einem anderen Ort?

Die Sammelstelle im Werkhof wird per 10. Juli 2019 geschlossen. Wir haben das Personal (3 Rentner), das im Stundenlohn tätig ist, am 22. Mai 2019 orientiert. Betreffend Kadaversammelstelle wird mit der Firma Bausort ein Vertrag ausgearbeitet, um diese in der Recycling Oase einzurichten. Die eigene Kadaversammelstelle im Werkhof wird nicht mehr weitergeführt, da diese komplett saniert werden müsste. Mit den umliegenden Anschlussgemeinden werden Gespräche geführt, um mit ihnen Verträge bezüglich Kostenverteiler der Kadaversammelstelle abzuschliessen. Wenn alles nach Zeitplan läuft, sollte die Kadaversammelstelle in der Recycling Oase per Ende 2020 in Betrieb genommen werden (evtl. auch schon früher).

Schlusswort

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Wir haben heute Abend mehrfach gehört, dass die Polizeipräsenz Aufheulen der Motoren verhindert. Davon haben wir heute Abend im Rat vielleicht auch profitieren können. Wir haben einmal mehr einen intensiven Abend mit sehr vielen Traktanden verbracht. Kaum zu glauben, dass wir im letzten Jahr auf die Maisitzung verzichten konnten. Sie alle haben einmal mehr viel gearbeitet, sei es bei der Sitzungsvorbereitung oder heute Abend, engagiert und diszipliniert am Mikrophon. Ich danke Ihnen ganz herzlich für das Mitdenken und das Mitarbeiten.

Wir sehen uns am 27. Juni 2019 wieder hier im Rat, mit dem Schwerpunkt Jahresrechnung 2018. Kommt gut nach Hause, und "hebet Euch Sorg". Die Sitzung ist geschlossen. [Applaus]

NAMENS DES EINWOHNERRATS
Die Präsidentin:

Der Protokollführer:

Abgabe / Zustellung an die Einwohnerräte:

26. September 2019

Zustellung an die übrigen Empfänger:

26. September 2019